

Begleitbericht zur Jahresabschlussrechnung 2022

Im Finanzjahr 2022 ist ein wesentlich höherer Gesamtumsatz gegenüber 2021 zu verzeichnen, und zwar sowohl bei den Ausgaben (+ € 9.585,49) als auch bei den Einnahmen (+ € 19.049,27); außerdem gab es größere Unterschiede in einzelnen Posten.

Vermögensrechnung: Das Jahr 2022 begann mit einem Aktivsaldo bei Kassa und Bank von insgesamt € 13.235,64 und schloss am 31.12.2022 mit einem Aktivsaldo von € 26.397,66, dies entspricht einer Zunahme von € 13.162,02.

Offen ist noch die ausständige Bezahlung einer Honorarnote aus dem Jahr 2021 in Höhe von € 7.000,00 sowie einer aus dem Berichtsjahr in Höhe von € 24.606,00 – beide zu Gunsten des Koordinators Stephan Lausch –, ein Überbrückungskredit von € 5.000,00 und die Restzahlung der Gerichtskosten, ebenfalls in Höhe von € 5.000,00 (also insgesamt € 41.606,00).

Die Ausgaben:

Bei den **Raumkosten** (A01 und A18) gab es eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr, was vorwiegend auf die jährliche Mieterhöhung und die Zunahme der Kondominiumspesen zurückzuführen ist.

In Posten A18 sind – mit Ausnahme des Mietbeitrags – jene Kosten enthalten, die mit der Bürogemeinschaft Distel und Perfas als Untermieter geteilt werden. Diese beteiligt sich zu 30% an den gemeinsamen Ausgaben.

Die **Honorare für freie Mitarbeiter** (A04) sind gegenüber dem Vorjahr wesentlich niedriger ausgefallen, da ab dem Berichtsjahr keine bezahlten Volontariatsdienste vorgesehen waren.

Entsprechend sind auch die **Steuerabgaben** (A05) im Berichtsjahr geringer.

Der Anstieg im Posten **Projektbezogene Kosten** (A06) bezieht sich auf die Veranstaltung mit Verfassungsexperten im Monat Oktober.

Der starke Anstieg im Posten **Aufwand für Kommunikation** (A07) bezieht sich hauptsächlich auf den Druck von 15.486 Briefen an die Unterzeichner des Referendums „Rette das Referendum“, mit der Bitte um Spende, und auf die Facebook-Werbung.

Auch die Ausgaben für **Postgebühren und Wertmarken** (A11) sind im Berichtsjahr stark angestiegen, ebenfalls auf Grund des Versands von Briefen an die Unterzeichner des Referendums.

Sonstige Unkosten (A14): Die beträchtliche Zunahme in diesem Posten ist hauptsächlich auf die Zahlung der ersten Rate der Gerichtskosten (€ 6.436,00) zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um das Urteil bezogen auf den Rekurs gegen die Unzulässigkeitsklärung zu den zwei Volksinitiativen vom September 2020. Dieses Urteil verpflichtet die *Initiative* zur Bezahlung der Gerichtskosten der Gegenseite (namentlich: der Landesverwaltung). Die zweite und letzte Rate (€ 5.000,00) muss 2023 beglichen werden.

Die Einnahmen:

Bei den **Mitgliedsbeiträgen** (E01) ist eine leichte Erhöhung zu verzeichnen, obwohl das Problem mit der Zahlungssäumigkeit weiterhin bestehen bleibt.

Andererseits haben die **Spenden** (E02) im Berichtsjahr sehr stark zugenommen. Dies vorwiegend aus zwei Gründen: erstens, auf Grund der an die Unterzeichner des Referendums gerichtete Spendenaktion im Monat Mai, zweitens, dank des Spendenaufrufs im Monat Dezember mit dem Ziel, den Schuldenberg abzubauen.

Sowohl bei den **Einnahmen von Dritten** (E04) als auch bei den **Einnahmen von öffentlichen Körperschaften** (E05) gab es keine wesentlichen Änderungen.

Der **Überbrückungskredit** (E07) wurde benötigt, um laufende Rechnungen zu begleichen.

Die **5-Promille-Zuwendung** (E12) hat von € 6.014,37 im Jahr 2021 auf € 4.544,93 in 2022 abgenommen. Leider ist es nicht möglich, diesen wesentlichen Rückgang zu ergründen.

Bozen, im April 2023



Gerard Normand
(Kassier)



Otto von Aufschnaiter
(Vorsitzender)